

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Carolin Bachmann,
Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/7360 –**

**Entsorgung von Kunststoffmüll zum Gegenstand der Entwicklungszusammenarbeit
mit Afrika machen – Die deutsche Abfallwirtschaft einbeziehen**

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass seit den 1950er und 1960er Jahren rund 2 Billionen Dollar Entwicklungshilfe ohne nennenswerten Erfolg an den afrikanischen Kontinent geflossen seien. Die Bundesregierung würde ständig neue ideologische Konzepte rund um die Leitmotive „Klimaschutz“, Gender Mainstreaming, Feminismus usw. erfinden, um die Entwicklungshilfe-Industrie aufrechtzuerhalten.

Die zunehmende Umweltzerstörung und Entwaldung sowie die hochproblematische Handhabung des Kunststoffmülls gehörten, nach Auffassung der Antragsteller, zu den Hauptursachen für Krankheiten, Armut und Hunger in Afrika. Große afrikanische Metropolen wüssten nicht mehr, wohin mit dem Plastikmüll, von dem nur 4 Prozent recycelt würden. Schlüsselfaktoren für den unaufhörlichen Zuwachs von Kunststoffmüll in Afrika wären vor allem die rapide demographische Entwicklung, die neuen Konsumgewohnheiten sowie der Mangel an Eigenverantwortung und Problembewusstsein.

Nach Ansicht der Antragsteller brauchten afrikanische Volkswirtschaften innovative Ansätze der Müllverbrennung, wie die thermische Verwertung zur Gewinnung von Strom, da sich der weltweite Gesamtplastikmüllbestand in den nächsten 40 Jahren verdreifachen solle.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/7360 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Berichterstatter

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Dr. Wolfgang Stefinger, Dr. Jan- Niclas Gesenhues, Knut Gerschau und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/7360** in seiner 112. Sitzung am 22. Juni 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, den Kampf gegen die zunehmende Umweltverschmutzung durch Kunststoffmüll zu einem vorrangigen Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit afrikanischen Ländern zu machen.

Dabei solle die Bundesregierung das Narrativ einer deutschen Verantwortung für den Klimawandel und für daraus abgeleitete Umweltschäden sowie sonstige negative Auswirkungen in Afrika zurückweisen.

Die Antragsteller fordern weiter, mit einem Gesprächsangebot auf die afrikanischen Partnerländer und auf die Afrikanische Union (AU) zuzugehen, um einen gemeinsamen Ansatz für eine nachhaltige privatwirtschaftliche Entsorgungsindustrie zu erarbeiten; dabei solle auf unternehmerischen Chancen der Verwertung von Kunststoffmüll und das damit verbundene Gewinnpotenzial hingewiesen werden.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, bei der Durchführung von Projekten zwecks einer Kunststoffmüll-Entsorgungswirtschaft in Afrika insbesondere die deutsche Abfallwirtschaft einzubinden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7360 in seiner 45. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7360 in seiner 52. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7360 in seiner 47. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/7360 in seiner 76. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 20. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass es bereits einen Antrag im Deutschen Bundestag zu Kunststoffmüll und die Verantwortung Deutschlands geben würde. Wenn man den afrikanischen Kontinent bereise, dann sehe man neben dem sogenannten Klimawandel auch die dortige Entwaldung, die die Afrikaner selbst verursachen würden. Es gebe außerdem ein gigantisches Müllproblem. So würden in der kenianischen Hauptstadt Nairobi jeden Tag 4.000 Tonnen Müll produziert, hauptsächlich Kunststoff, und davon würden 85 Prozent auf der Straße liegen, also nicht aufgesammelt und verwertet werden. In dem Antrag gehe es auch darum, dass man darüber sprechen müsse, was die afrikanischen Staaten auf ihrem Kontinent selbst an Vermüllung verursachten. Die Europäer würden zwar viel Kunststoff dorthin bringen, aber gleichzeitig würden die Afrikaner jeden Trinkbecher und alles andere fallen lassen. Wenn das Umweltbewusstsein der Afrikaner nicht funktioniere, dann könnten die Europäer vor Ort nichts ändern. Der Umgang mit der Umweltproblematik und damit auch mit dem Kunststoffmüll sollten zentrale Themen der Entwicklungspolitik werden. Man müsse außerdem überlegen, welche Möglichkeiten es gebe, die deutsche Abfallindustrie einzubinden. Das diene dem Wohl der deutschen Industrie, und es löse die Probleme in Afrika. Der Antrag befasse sich damit, wie Wiederverwertung und Recycling aussehen und wie das Zurückbringen in den Warenwirtschaftskreislauf gelingen könnten.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass es bemerkenswert sei, dass im Antrag die Rede von Afrika sei, denn dabei handle es sich immerhin um einen Kontinent mit 54 Ländern, aber die antragstellende Fraktion fordere lediglich ein Konzept für alle. Es gebe mittlerweile Länder wie Ruanda, wo Plastiktüten verboten seien, oder Senegal, wo Kunststoffabfälle zur Herstellung von Spielzeug genutzt würden; es geschehe also sehr viel. Die Verallgemeinerungen machten die Vorstellung der Fraktion der AfD über den afrikanischen Kontinent deutlich. Beim vorliegenden Antrag finde man bereits nach den ersten zwei Sätzen faktisch falsche Aussagen, denn die Bundesregierung erfinde keinesfalls „ideologische Konzepte“, um die EZ aufrecht zu erhalten. Das sei falsch. In Absprache mit den Partnerländern gehe man vielmehr zielgerichtete Kooperationen ein, und man betrachte jedes einzelne Land differenziert, und nicht den gesamten Kontinent. Die Arbeit werde durch das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal) kontrolliert, und somit gebe es kein Gießkannenprinzip, sondern man verfolge ganz konkrete Ansätze. Die Antragsteller würden die Ursache für den Kunststoffmüll in einer fehlenden Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten sehen. Es werde also wieder einmal die Verantwortung Deutschlands und des Globalen Nordens für den voranschreitenden Klimawandel negiert. Auch der Rest des Antrages sei widersprüchlich, und es gebe Verallgemeinerungen. Die Fraktion der SPD lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass der Antrag in der Tat widersprüchlich sei. Einerseits werde gesagt, dass Europa Müll nach Afrika liefere, andererseits weise man „das Narrativ einer deutschen Verantwortung für den Klimawandel und für daraus abgeleitete Umweltschäden, sowie sonstige negative Auswirkungen in Afrika“ zurück. Diese Aussage sei auch vor dem Hintergrund der vorhandenen Zahlen absurd. Europaweit sei Deutschland einer der größten Exporteure von Kunststoffabfällen. Das Statistische Bundesamt habe ausgeführt, dass 2021 etwa 745.000 Tonnen Kunststoffabfälle aus Deutschland ins Ausland exportiert worden seien; das entspreche etwa 17 Prozent der deutschen jährlichen Plastikabfälle. Das seien die legalen Exporte, der illegal entsorgte Exportmüll sei noch gar nicht mitgezählt. Auch die oftmals gut gemeinten Spenden würden zur Vermüllung Afrikas beitragen, denn laut der europäischen Umweltagentur seien 2019 fast 1,7 Mio. Tonnen Alttextilien exportiert worden, von denen rund 46 Prozent in Afrika landeten. Was nicht wiederverwendet werde, lande dort ebenfalls auf Deponien. Die Antragsteller würden dennoch in Abrede stellen, dass Deutschland eine Mitverantwortung habe. Einmal mehr würde die Fraktion der AfD aus einigen richtig vorgetragenen Argumenten die falschen Schlüsse ziehen. Unter Kreislaufwirtschaft werde in erster Linie eine thermische Verwertung verstanden, obwohl Müllverbrennung mit Recycling relativ wenig zu tun habe; das wäre ein Thema des Abfallmanagements. Die Fraktion der CDU/CSU lehne diesen Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass man dieses Thema im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) bereits am 1. März 2023 behandelt hätte. Damals hätte man erfahren können, dass die deutsche EZ im Bereich Kreislaufwirtschaft viel weiter sei, als der vorliegende Antrag beschreibe. Man fokussiere sich auf Verbrennung und Verwertung, wobei die Vermeidung, die Wiederverwendung und das Recycling von Abfall wesentlich wichtiger seien. Man benötige eine weitere Stärkung der Kreislaufwirtschaft in der EZ, also einen umfassenden Ansatz, und das sei man auf einem guten Weg. Das DEVal erstelle im Moment eine Untersuchung zu diesem Thema, und die Bundesregierung verfolge ebenfalls verschiedene Ansätze, um das Thema Kreislaufwirtschaft in der EZ weiter zu stärken. Im Übrigen komme man auch auf nationaler Ebene der Verantwortung nach. Man habe eine Abgabe auf Einmalkunststoffe eingeführt und unterschiedliche Vermeidungsstrategien auf den Weg gebracht, das finde sich in der Kreislaufwirtschaftsstrategie. Man sei eine treibende

Kraft für ein neues globales Plastikabkommen, das die Bewirtschaftung und das Recycling von Plastikabfällen regeln und das Produktdesign anpassen solle, damit Produkte langlebig und recyclingfähig sein könnten. Das hätte man gemeinsam mit Peru und Ruanda vorangebracht. Viele Länder des Globalen Südens seien längst weiter als die Fraktion der AfD, die in ihrem Antrag das Thema instrumentalisieren, um die Klimakrise zu leugnen, die Verantwortung der Industrieländer in Frage zu stellen, anachronistische Erzählungen der EZ zu berichten und um gegen die Feministische EZ zu polemisieren. Das zeige einmal mehr, dass das Thema nicht verstanden worden sei. Gerade Frauen und Mädchen hätten besonders unter Kunststoffvermüllung zu leiden und die damit einhergehenden gesundheitlichen Schäden durch giftige Additive und Chemikalien zu tragen. Im Antrag liege der Fokus allein auf der Abfallwirtschaft, es gebe kein umfassendes Kreislaufwirtschaftskonzept, und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, dass Abfall, einschließlich Plastikmüll, ein großes Problem in Afrika sei, und das hätte die Bundesregierung längst erkannt, denn Klimaschutz sei eines der wichtigsten Ziele der Ampelkoalition. Dazu gehörten auch Müllvermeidung und Recycling. Über Müllvermeidung verliere die Fraktion der AfD kein Wort. Plastikmüll werde vielmehr als Grundlage eigener deutscher Wirtschaftstätigkeiten angesehen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hingegen fördere Abfallrecycling und Kreislaufwirtschaft weltweit, und im Auftrag der Bundesregierung führe die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) seit Jahren entsprechende Projekte durch. Dabei arbeite sie mit Stadtverwaltungen, Verbänden, Behörden, Ministerien, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen, der Industrie und Vertretern der Wirtschaft zusammen. Auf Initiative vom BMZ und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) wäre bereits 2019 die „Prevent Abfall“-Allianz gegründet worden, und dort erarbeiten mehr als 200 Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen Strategien zur Müllvermeidung. Afrikanische Länder hätten die Problematik längst erkannt und arbeiteten mit der internationalen Staatengemeinschaft zusammen. Auf der Konferenz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen wäre 2022 in Nairobi beschlossen worden, bis Februar 2024 ein rechtsverbindliches Abkommen zur Beendigung der globalen Plastikverschmutzung auszuarbeiten. Rechtsverbindliche Regeln und Maßnahmen sollten den gesamten Zyklus von Produktion über Verbrauch bis hin zur Abfallwirtschaft umfassen. Dies widerspreche der Behauptung der antragstellenden Fraktion der AfD, es fehle den afrikanischen Ländern „an Eigenverantwortung und Problembewusstsein“. Auch die Äußerung, die Bundesregierung erfinde ideologische Konzepte rund um das Leitmotiv Klimaschutz zeige die Geisteshaltung der Antragsteller, zumal sie sich dann noch als Partei darstellten, die sich besonders um die Umwelt Sorge. Im Übrigen engagiere sich die deutsche Wirtschaft längst in diesem Bereich. Das BMZ und die German Trade and Invest (GTAI) hätten 2022 eine Handreichung unter dem Titel „Abfallmanagement in Westafrika“ für Unternehmen herausgegeben, die sich im Bereich Recycling engagieren wollten. Diese könne als Blaupause für den gesamten Kontinent dienen und mache den vorliegenden Antrag überflüssig. Die Fraktion der FDP lehne ihn aus den genannten Gründen ab.

Berlin, den 20. September 2023

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichterstatter

Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Berichterstatter

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

